

**Thomas Strobl MdB**

**INTEGRATION ALS BASIS DES SOZIALEN FRIEDENS  
IN UNSERER GESELLSCHAFT.**

**Festrede anlässlich des  
Fünften Internationalen Neujahrsfests der  
Europäischen Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales e. V. Diaphania  
sowie der  
Diakonie Heilbronn  
am Samstag, dem 20. Januar 2007, in der AOK Heilbronn**

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Sehr geehrter Herr Goros,  
sehr geehrter Herr Bretz,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich freue mich sehr, heute hier bei Ihnen sein und beim Fünften Internationalen Neujahrsfest die Festrede halten zu dürfen. Darum möchte ich zu allererst Ihnen, sehr geehrter Herr Goros, für die freundliche Einladung sehr herzlich danken.

Mit dem erstmals im Jahr 2003 ausgerichteten Internationalen Neujahrsfest ist es der Europäischen Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales und der Diakonie Heilbronn gelungen, eine schöne Tradition zu begründen. Der leitende Gedanke, der bei dieser Veranstaltung mit Leben erfüllt wird, lautet, Begegnungen über die Grenzen der verschiedenen Nationalitäten hinweg zu ermöglichen. Ganz in diesem Sinne war schon das Motto des Ersten Internationalen Neujahrsfests zu verstehen: „Wenn bei dir ein Fremder lebt, sollt ihr ihn nicht unterdrücken. Der Fremde, der sich bei euch aufhält, soll euch wie ein Einheimischer gelten, und du sollst ihn lieben wie dich selbst“, heißt es im Alten Testament im dritten Buch Mose.

Mit Fremden, die hier bei uns leben, beschäftigt sich auch mein heutiger Vortrag: „Integration als Basis des sozialen Friedens in unserer Gesellschaft“, lautet die Überschrift, unter die ich meine Überlegungen stellen möchte. Gemeinsam mit Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, will ich darüber nachdenken, wie die Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land gelingen kann. Dass sie gelingen muss, steht außer Frage, denn eine sich spaltende und auseinanderbrechende, auseinanderdriftende Gesellschaft wird die zentralen Herausforderungen der Zukunft, vor denen wir stehen, nicht bewältigen können.

In der Bundesrepublik Deutschland leben etwa sieben Millionen ausländische Menschen. Aus praktisch allen Ländern dieser Erde sind diese Mitbürgerinnen und Mitbürger – angetrieben durch die unterschiedlichsten Motive und Absichten – zu uns gekommen, um in Deutschland ein neues Zuhause zu finden. Diese Menschen sind heute ein Teil unseres Landes: Mit ihren Traditionen und Gewohnheiten, mit der Kultur ihres Heimatlandes und ihrer Religion – all das hatten sie sozusagen im Gepäck mit dabei, als sie zu uns kamen! – bereichern die Menschen, die zu uns kommen, unsere Gesellschaft.

Das heißt: Die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, die sich tatsächlich auf unsere Gesellschaft einlassen, mit ihr auf eigene Initiative in Kontakt treten und sich für sie einsetzen, bereichern das Gemeinwesen in der Bundesrepublik. Über diese Menschen brauchen wir, wenn wir über Integration nachdenken, kaum ein Wort zu verlieren: Sie sind selbstverständliche Bestandteile unserer Gesellschaft. Wir dürfen aber nicht den fatalen Fehler begehen, unsere Gesellschaft durch die rosarote Brille zu betrachten: Neben diesen bestens integrierten Ausländerinnen und Ausländern gibt es auch andere, die sich unserer Gesellschaft entziehen. Über diese Menschen und ihre Integration müssen wir nachdenken, was ich im Folgenden gerne tun will.

Über Integration zu sprechen, hieß in Deutschland lange Zeit nur, über Toleranz zu sprechen: Wenn sich die Gesellschaft offen und tolerant zeige, so wurde gedacht, werde die Integration von Ausländerinnen und Ausländern wie von selbst geschehen. Integration wurde als Selbstläufer betrachtet und Toleranz in einem falschen Sinne verstanden: Sie wurde gleichgesetzt mit bloßem Wegschauen. Inzwischen hat sich gezeigt, wie falsch dieser Ansatz ist: Er führt nicht zu Integration, zu einem Miteinander von In- und Ausländern – sondern lediglich zu einem Nebeneinander,

das für unser Gemeinwesen gefährliche Folgen haben kann. So entstehen Parallelgesellschaften, die es keinesfalls geben darf.

Was es bedeutet, wenn anstelle von echter Integration bloß die Ankunft in einem Staat steht, war in erschreckender Weise in den Vororten von Paris zu sehen: Junge Menschen, die in Frankreich geboren wurden und französische Staatsbürger sind, ließen dort ihrem Hass auf die Gesellschaft freien Lauf. Ihnen war von der Gesellschaft des neuen Heimatlandes nicht die Hand gereicht worden, sie hatten sich von der Gesellschaft des neuen Heimatlandes abgeschottet und so waren soziale Brennpunkte entstanden.

Es steht für mich außer Frage, dass wir für ein Gelingen der Integration aller ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, für die Aufnahmebereitschaft der – nennen wir es einmal: einheimischen – Bevölkerung eine wohlverstandene Toleranz brauchen. So wie ich die Toleranz, die wir den Fremden in unserem Land entgegenbringen müssen, in diesem Zusammenhang verstehe und für notwendig erachte, muss sie von einem festen Wertefundament ausgehen. Tut sie dies nicht, handelt es sich nach meinem Verständnis nicht um Toleranz im Sinne von Akzeptanz, die den anderen als Person und Mensch achtet, sondern sie verkommt zur

bloßen Beliebigkeit. Und die ist gefährlich für unsere Gesellschaft, weil sie ihr schleichend, aber unaufhörlich die Grundlage unseres Gemeinwesens entzieht – weil sie schleichend, aber unaufhörlich das einigende Band um unsere Gesellschaft löst. Darum will ich es an dieser Stelle auch noch einmal sagen: Wenn unsere Gesellschaft sich aufspaltet und auseinanderdriftet, wenn sie auseinanderbricht, werden Deutschland und die Menschen, die hier leben, die Herausforderungen der Zukunft nicht meistern können.

Was heißt das konkret für unser tägliches Handeln? Mit Blick auf die Menschen, die zu uns kommen, dürfen wir den Umstand, dass die Gesellschaft vielfältiger wird, keinesfalls als Bedrohung verstehen, sondern müssen und können ihn als Chance für Deutschland begreifen. Zugleich aber müssen wir den Ausländerinnen und Ausländern klipp und klar sagen, was die Grundlagen unserer Gesellschaft sind.

Das bringt mich zum – neben der im richtigen Sinne verstandenen Toleranz – zweiten wichtigen Punkt, der für das Gelingen aller Integrationsbemühungen selbstverständlich sein sollte und völlig unabdingbar ist: Die Bereitschaft der zu uns kommenden Menschen, sich auf unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung einzulassen.

Wir in Deutschland leben in einer offenen, freiheitlichen Gesellschaft: Jeder einzelne soll hier sein Leben in freier Selbstbestimmung gestalten können. Dies ist ein Gut, das zum einen unmittelbar aus dem christlichen Menschenbild – jeder Einzelne ist ein Geschöpf Gottes und besitzt eine eigene, unverwechselbare und unveräußerliche Würde –, zum anderen aus dem Humanismus und der Aufklärung resultiert. Die Freiheit des Einzelnen findet erst dort seine Grenzen, wo die Freiheit eines anderen berührt oder beschnitten wird.

Auf diese Freiheit können sich zum einen die zu uns kommenden Ausländerinnen und Ausländer verlassen und die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit gibt ihnen in diesem Rahmen beispielsweise den Raum, ihren eigenen religiösen Überzeugungen nachzugehen und ihren Glauben zu leben.

Im Umkehrschluss aber bedeutet dies auch das Folgende: Die Menschen, die zu uns kommen, müssen auch die Freiheiten der anderen respektieren und tolerieren. Um nur ein paar Beispiele zu nennen: Sie müssen – mitunter vielleicht auch geschmacklose oder fragwürdige, das zu beurteilen ist nicht meine Aufgabe – Karikaturen und Operninszenierungen aushalten, die Gleichstellung von Männern und Frauen anerkennen und Kritik ertragen. Wenn



sie dies nicht tun, sind sie nicht in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung, in unserem Rechtsstaat angekommen: Wir als Gesellschaft müssen aber unbedingt und nachdrücklich auf der Grundlage unseres Gemeinwesens bestehen. Unser Grundgesetz ist nicht verhandelbar und jeder, der nach Deutschland kommt, hat sich selbstverständlich daran wie an unsere anderen Gesetze zu halten. Das ist – und zwar nicht nur als Lippenbekenntnis! – unbedingte Voraussetzung, um sich in unserem Gemeinwesen zu integrieren. Das sage ich übrigens auch und besonders angesichts der sicherheitspolitischen Lage, in der wir uns befinden und die sich seit den schrecklichen Anschlägen vom 11. September 2001 dramatisch verändert hat.

Sie sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass nach meinem Verständnis die Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ein wechselseitiger Prozess ist – eine Sache des Gebens und Nehmens zwischen den Menschen, die hier leben, und jenen, die als Einwanderer zu uns kommen. Diese beiden Bevölkerungsgruppen müssen aufeinander zugehen und in diesem Zusammenhang möchte ich gerne den „Integrationsgipfel“ im letzten Sommer im Kanzleramt und die „Deutsche Islamkonferenz“ erwähnen: Repräsentanten der Einwanderer führen hier auf Augenhöhe

einen Dialog mit Vertretern der deutschen Gesellschaft. Das ist gut und richtig und signalisiert, dass uns die Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland willkommen sind. Es signalisiert aber auch – und das halte ich für entscheidend! –, dass sie aufgefordert sind, sich in unsere Gesellschaft einzubringen.

Damit dieser wechselseitige Prozess erfolgreich vonstatten gehen kann, ist es unabdingbare Voraussetzung, dass es auch im täglichen Leben Schnittpunkte und Begegnungen von Einwanderern und der deutschen Bevölkerung gibt. Die Arbeit der Europäischen Gesellschaft für Politik, Kultur, Soziales Diaphania schafft solche Möglichkeiten des interkulturellen Austauschs, und daher möchte ich an dieser Stelle den Verantwortlichen mit dem Herrn Vorsitzenden Goros an der Spitze dafür sehr herzlich Danke sagen: Die Aktivitäten Ihres Vereins leisten einen unschätzbaren Beitrag dazu, dass das jeweils Andere erfahren werden kann und nicht mehr als fremdartig oder bedrohlich empfunden wird.

Für einen solchen Austausch ist es unentbehrlich – und damit möchte ich auf einen praktischen Aspekt der Integrationspolitik zu sprechen kommen –, dass wir von den zu uns kommenden Ausländerinnen und Ausländern ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache erwarten:

Sie sind die Mindestvoraussetzung für das Gelingen aller Integrationsbemühungen. Wer hier lebt und die deutsche Sprache nicht beherrscht, hat keine Chance, die Gesellschaft kennen zu lernen und sich in sie zu integrieren. Ich will in diesem Zusammenhang an die Worte des Philosophen Ludwig Wittgenstein erinnern: „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt.“

Meine Damen und Herren, lassen wir nun am Ende meines Vortrags noch den in Frankreich lebenden libanesischen Schriftsteller Amin Maalouf zu Wort kommen. Das Zitat, das ich Ihnen nun gleich vortragen möchte, habe ich in der Regierungserklärung des Bundesinnenministers zur Deutschen Islam-Konferenz gehört und es fasst nach meiner Meinung sehr klar und deutlich zusammen, was Ziel aller Integrationsbemühungen sein muss:

*„Wenn ich mich zu meinem Gastland bekenne, wenn ich es als das meine betrachte, wenn ich der Ansicht bin, dass es fortan ein Teil von mir ist wie ich ein Teil von ihm, und wenn ich mich entsprechend verhalte, dann habe ich das Recht, jeden seiner Aspekte zu kritisieren; umgekehrt, wenn dieses Land mich respektiert, wenn es meinen Beitrag anerkennt, wenn es mich in meiner Eigenart fortan als Teil von sich betrachtet, dann hat es das Recht, bestimmte Aspekte*

*meiner Kultur abzulehnen, die mit seiner Lebensweise oder dem Geist seiner Institutionen unvereinbar sein könnten. Wenn wir das gemeinsam zur Grundlage machen, dann können wir in unserem Lande vieles noch besser zustande bringen, als es bisher der Fall war.“*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.